

Antrag

der Abgeordneten Renner und Genossen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Beschluß des Bundestags vom 20. Oktober 1949 (Drucksache Nr. 113) betr. Ausschluß der Öffentlichkeit bei Beratungen des Ausschusses für Besatzungsstatut und Auswärtiges, des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen, des ERP-Ausschusses und des Berlin-Ausschusses wird zur Überprüfung der Frage, ob er mit dem Grundgesetz vereinbar ist und ob durch Mehrheitsbeschluß des Bundestags eine Fraktion des Bundestags unter Ausnahmerecht gestellt werden kann, an die Ausschüsse zum Schutz der Verfassung, für Rechtswesen und Verfassungsrecht und zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung überwiesen.

Bonn, den 1. November 1949

Renner und Fraktion